

Bewertung der Kommissionsvorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (ehemals Midterm-Review)

Stellungnahme des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes

Bonn, den 11.2.2003

Wofür der Deutsche Bauernverband steht

1. Der Deutsche Bauernverband steht nach wie vor für eine von Bauernfamilien getragene Landwirtschaft, die ihr Eigentum generationenübergreifend und damit nachhaltig nutzt. Die Bauern in Deutschland stellen sich sowohl dem harten Wettbewerb an den Märkten als auch den erhöhten gesellschaftlichen Anforderungen im Umweltschutz, Tierschutz und im vorsorgenden Verbraucherschutz. Eine einseitige Ausrichtung der Agrarpolitik entweder unter dem Schlagwort einer „Ökologisierung“ oder unter dem Schlagwort einer „Weltmarktliberalisierung“ wird vom DBV nachdrücklich als nicht nachhaltig abgelehnt.

Den Pfad einer verlässlichen Agrarpolitik einhalten

2. Mit der Agenda 2000 wurde erstmals in der Europäischen Union ein mehrjähriger Rahmen für die Gestaltung der EU-Agrarpolitik und ihrer Finanzierung geschaffen. Dies brachte für die Bauern mit ihren langfristig angelegten Investitionen in die Produktion und den Absatz ihrer Produkte ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Planbarkeit. Dieser Fortschritt in der Gemeinsamen Agrarpolitik darf nicht aufgegeben werden. Der Deutsche Bauernverband lehnt deshalb eine vorzeitige Aufkündigung der Agenda 2000 zum 1. Januar 2004 entschieden ab.
3. Einer frühzeitigen Diskussion über die Fortentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2006 steht der Deutsche Bauernverband jedoch positiv gegenüber. Dabei muss eine durchgreifende Vereinfachung der EU-Agrarpolitik im Mittelpunkt der Überlegungen stehen nicht jedoch eine Marginalisierung der Marktstellung der europäischen Landwirtschaft. Eine vorrangige Weltmarktorientierung gefährdet die natürlichen Ressourcen Europas sowie den Tier-, Natur- und Verbraucherschutz.
4. Der Deutsche Bauernverband fordert deshalb eine Grundsatzdebatte darüber, welche Aufgaben die europäische Landwirtschaft erfüllen soll und welche Instrumente dafür geeignet sind. Die Einführung eines entkoppelten Betriebsausgleichs in der vorgeschlagenen Form wäre die Verweigerung einer realistischen agrarpolitischen Antwort auf die Herausforderungen an die europäische Landwirtschaft. Diese soll nicht nur die Absatzmärkte bedienen sondern gleichzeitig die natürlichen Ressourcen Boden, Luft und Wasser schonend nutzen.

5. Der DBV hält die Bekundungen der EU-Kommission für wenig glaubwürdig, mit ihren neuerlichen Reformvorschlägen werde eine langfristige Perspektive für die EU-Agrarpolitik bis 2013 geschaffen. Es ist unverkennbar, dass überstürzt vor dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedsländer aus Mittel- und Osteuropa Fakten geschaffen werden sollen, was entsprechende politische Abwehrreaktionen auslösen wird.

Die EU schwächt sich selbst bei den WTO-Verhandlungen

6. Die EU-Kommission hat für die anstehenden WTO-Verhandlungen richtigerweise ihre weitreichenden und durch die Agenda 2000 abgedeckten Vorschläge mit der Forderung nach einer Aufrechterhaltung des sogenannten Blue-Box (teilentkoppelte Direktzahlungen mit Mengensteuerung) verbunden. Das wird vom Deutschen Bauernverband auch weiterhin nachdrücklich unterstützt. Die Reformvorschläge der EU-Kommission zerstören aber diesen WTO-Verhandlungsansatz und schwächen die europäische Verhandlungsposition. Das ist schon deshalb nicht akzeptabel, weil die in Deutschland und der EU forcierte Politik erhöhter Standards im Tier-, Natur- und Umweltschutz damit keine Chance mehr hat, in den WTO-Verhandlungen verankert zu werden.

Neue Bürokratie statt Vereinfachung

7. Die Vorschläge der EU-Kommission laufen im Detail auf eine Fesselung der Bauern an eine nicht mehr administrierbare europäische und nationale Bürokratie hinaus. Die geforderte gesellschaftsverträgliche Gestaltung der EU-Agrarpolitik dürfte damit ebenso wenig zu erreichen sein wie eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft.
8. Der Deutsche Bauernverband wendet sich entschieden gegen die Pervertierung der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft durch ein bürokratisches Ungetüm namens Cross Compliance. Statt immer neue Berichts- und Kontrollsysteme einzuführen, sollte zur weiteren Verbesserung des Tier-, Natur- und Umweltschutzes sowie des Verbraucherschutzes vor allem auf Anreizsysteme gesetzt werden und nicht auf leistungshemmende Auflagen und Bürokratie.

Entkopplung ohne gesellschaftliche Akzeptanz

9. Der Vorschlag der EU-Kommission zur vollständigen Entkopplung der Ausgleichszahlungen mag vordergründig handelspolitische Vorteile versprechen. Tatsächlich wird er jedoch die Gesellschaft gegen die Landwirtschaft aufbringen, wenn fürs „Nichtstun“ Geld gezahlt werden soll. Schon nach wenigen Jahren würde jegliche Akzeptanz für derartige Zahlungen verloren gehen. Eine sowohl auf den Märkten etablierte als auch von den Mitbürgern getragene Landwirtschaft wäre nicht mehr gewährleistet. Der Deutsche Bauernverband erneuert deshalb seine Bereitschaft, für die Zeit nach 2006 weitere Entkopplungsschritte anzugehen, lehnt jedoch die totale Entkopplung entschieden ab.

Modulation – keine Impulse für die Bauern

10. Die von der EU-Kommission ins Spiel gebrachte Modulation der EU-Ausgleichszahlungen muss vor dem Hintergrund des zwischenzeitlich durch den EU-Rat gedeckelten Agrarhaushaltes völlig überdacht werden. Der Deutsche Bauernverband anerkennt, dass die EU-Kommission nunmehr den Beginn der Modulation auf die Zeit nach der Agenda 2000 verschieben möchte, bleibt jedoch bei seiner Auffassung, dass die begrenzt vorhandenen Mittel grundsätzlich in der ersten Säule erhalten bleiben sollten.
11. Die wichtigen Aufgaben der Ländlichen Entwicklung (Zweite Säule der Agrarpolitik) gehören vorrangig in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und nicht der Europäischen Union. Der Deutsche Bauernverband bleibt bei seiner Auffassung, dass die über die Nahrungsmittelproduktion hinausgehenden Leistungen einer multifunktionalen Landwirtschaft eines auf Dauer leicht administrierbaren Direktausgleiches bedürfen.

Märkte stärken – nicht schwächen

12. Die über die horizontalen Maßnahmen hinausgehenden geplanten tiefgreifenden Eingriffe in einzelne Marktordnungen vor allem bei Milch und Getreide, sind aus der Sicht des Deutschen Bauernverbandes nicht akzeptabel und von den Märkten her überflüssig. Damit würde einer weiteren Entwertung nachhaltig erzeugter Nahrungsmittel Vorschub geleistet und die Existenz vor allem der grünlandnutzenden Rinderhalter und Milcherzeuger gefährdet. Der Deutsche Bauernverband weist diese Vorschläge deshalb zurück und fordert eine grundlegende Überarbeitung. Dabei sollten bestehende Mengenregelungen nicht aufgegeben werden, sondern flexibel und WTO-konform zur Marktstabilisierung genutzt werden.

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik – Verordnungsentwurf vom 22. Januar 2003		
Wirtschaftliche Auswirkungen auf die deutsche Landwirtschaft		
Angaben in Mio. Euro	1. Jahr (2004)	Endjahr (2012)
Getreide:		
Absenkung des Interventionspreisniveaus um 5 Prozent auf 95,35 Euro/t	- 268	- 268
Anhebung der Ausgleichszahlungen	144	144
Abschaffung der Monatsreports	- 170	- 170
Streichung der Roggenintervention	- 63	- 63
Nachwachsende Rohstoffe:		
Anbauprämie für nachwachsende Roh- stoffe zum Klimaschutz – CO ₂ -Reduktion	15	15
Milch:¹⁾		
Senkung des aus der Interventionspreis abgeleiteten Milchpreises um ca. 28 Prozent von 27,8 Cent auf 20 Cent/kg (Fünf Schritte 2004-2008)	- 430	- 2.160
Ausgleichszahlungen: ca. 4,17 Cent/kg (Endstufe)	235	1.170
Modulation:	(2006)	
Kürzung aller Direktzahlungen schrittweise ansteigend von 1 auf 19 Prozent ansteigend ²⁾	- 48	- 1.089
Rückerstattung für Betriebe bis 5.000 Euro bzw. bis 50.000 Euro Direktzahlungen ²⁾	13	465
Rückfluss der Modulationsmittel über die "zweite Säule" an die Betriebe (Max. 20 Prozent einkommenswirksam)	7	69
Nettobelastung für die deutsche Landwirtschaft	- 565	- 1.887
1) Bei Milch ist zu berücksichtigen, dass drei der fünf Preissenkungsschritte bereits in der Agenda 2000 beschlossen sind.		
2) Höchstbetrag laut Entwurf der EU-Direktzahlungsverordnung		
Quelle: Deutscher Bauernverband nach eigenen Berechnungen		